

Antrag

der Abgeordneten Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Georg Brunnhuber, Werner Dörflinger, Herbert Frankenhauser, Peter Götz, Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster), Dr. Klaus Mildner, Dr. Franz Möller, Thomas Molnar, Norbert Otto (Erfurt), Hans-Wilhelm Pesch, Hans Raidel, Rolf Rau, Gabriele Wiechatzek, Ulrich Adam, Meinrad Belle, Hans-Dirk Bierling, Renate Blank, Dr. Maria Böhmer, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Paul Breuer, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Joachim Clemens, Wolfgang Dehnel, Maria Eichhorn, Wolfgang Engelmann, Horst Eylmann, Ilse Falk, Dirk Fischer (Hamburg), Winfried Fockenberger, Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Elisabeth Grochtmann, Claus-Peter Grotz, Dr. Renate Hellwig, Joachim Hörster, Josef Hollerith, Siegfried Hornung, Bernhard Jagoda, Dr. Dionys Jobst, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Egon Jüttner, Steffen Kampeter, Volker Kauder, Günter Klein (Bremen), Eva-Maria Kors, Wolfgang Krause (Dessau), Franz Heinrich Krey, Christian Lenzer, Editha Limbach, Eduard Lintner, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Theo Magin, Dr. Dietrich Mahlo, Claire Marienfeld, Erwin Marschewski, Wolfgang Meckelburg, Dr. Hedda Meseke, Alfons Müller (Wesseling), Engelbert Nelle, Johannes Nitsch, Friedhelm Ost, Eduard Oswald, Dr. Peter Paziorek, Dr. Hermann Pohler, Rosemarie Priebus, Kurt J. Rossmanith, Heinz Rother, Roland Sauer (Stuttgart), Ortrun Schätzle, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Harald Schreiber, Heinrich Seesing, Wilfried Seibel, Dr. Hans-Joachim Sopart, Erika Steinbach-Hermann, Karl Stockhausen, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Dr. Bertram Wieczorek (Auerbach), Bernd Wilz, Dr. Roswitha Wisniewski, Simon Wittmann (Tännesberg), Wolfgang Zeitlmann, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Walter Hitschler, Lisa Peters, Uwe Lühr, Hans Schuster, Horst Friedrich, Jürgen Türk, Dirk Hansen, Dr. Olaf Feldmann und der Fraktion der F.D.P.

Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission zur Überprüfung der Instrumente der Wohnungspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

An die Phase des Wiederaufbaus im Wohnungs- und Städtebau nach dem Zweiten Weltkrieg schloß sich in den achtziger Jahren eine nur kurze Spanne weitgehend ausgeglichener Wohnungsmärkte an. Zum Ende der achtziger Jahre wurde erkennbar, daß die Nachfrage auf den Wohnungsmärkten im Zuge der allgemeinen Einkommensentwicklung wieder kräftig zunimmt. Das Angebot an Neubauwohnungen hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Mit vielfältigen Maßnahmen und erhöhtem

Mitteinsatz hat die Bundesregierung in den letzten Jahren dem Wohnungsbau wichtige Impulse gegeben und eine Aufwärtsentwicklung der Neubautätigkeit eingeleitet.

Neben der qualitativen Zunahme der Wohnungsnachfrage haben sich die Rahmenbedingungen auf den Wohnungsmärkten gegenüber früher zusätzlich in wesentlichen Punkten geändert:

- Durch die hohen Zuwanderungen der letzten Jahre und ihr absehbares Anhalten sind die längerfristigen Bevölkerungsprognosen, die von einem Rückgang ausgingen, überholt.
- Die Nachfragestruktur selbst hat sich hinsichtlich der Haushaltsgrößen, der gewünschten Lebens- und Wohnformen, der Einkommenssituation, des Anspruchsniveaus an Größe und Ausstattung wesentlich verändert.
- Die Wiedervereinigung Deutschlands hat in den neuen Bundesländern durch die Überführung des staatlich verwalteten Wohnungswesens in eine soziale Wohnungsmarktwirtschaft völlig neue Aufgaben mit sich gebracht.
- Umwelt- und Naturschutzbelange werden gegenüber dem Wohnungsbau hinsichtlich der Auswirkungen der Baulandinanspruchnahme, der Bodenversiegelung und der Emissionen, die von den Wohngebäuden ausgehen, heute wesentlich wichtiger eingeschätzt als früher. Dies trug mit zu einer erheblichen Verknappung und Verteuerung des Baulandes bei.
- Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau haben seine Kosten so erhöht, daß die Wohnraumversorgung bestimmter Gruppen der Bevölkerung außerordentlich erschwert wird.

Angesichts dieser fundamental veränderten Ausgangslage haben die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen außergewöhnliche Anstrengungen unternommen, die Wohnungsbauleistungen und die soziale Absicherung des Wohnens deutlich zu verstärken. Die Bundesmittel für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurden massiv verstärkt, die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums wesentlich verbessert, die Attraktivität des freifinanzierten Wohnungsbaus erhöht, ein Studentenwohnraumprogramm aufgelegt und Maßnahmen zur Mobilisierung von Wohnraum aus dem Bestand ergriffen. Parallel dazu wurden das Wohngeld erhöht und verbessert sowie planungsrechtliche Maßnahmen zur Beschleunigung des Bauens und zur Mobilisierung von Bauland ergriffen.

In den neuen Bundesländern wurden – auch bereits vor der staatlichen Einheit – Programme gegen den dramatischen Verfall des vorhandenen Wohnraums, zur Modernisierung, zur Privatisierung von Wohnraum und zum Mietwohnungs- und Eigenheimneubau aufgelegt. Ein Sonderwohngeld-Ost sowie ein spezielles Mietrecht ermöglichen einen sozial verträglichen Übergang in die soziale Wohnungsmarktwirtschaft.

Viele dieser Maßnahmen sind zeitlich begrenzt. Auch wegen der begrenzten Mittel von Bund, Ländern und Gemeinden sind die

Engpässe auf den Wohnungsmärkten mit öffentlicher Förderung allein nicht auszugleichen. Bei den begrenzten Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte ist es vorrangig, die eingesetzten staatlichen Förderinstrumente so effizient wie möglich einzusetzen. Der Deutsche Bundestag hält es deshalb für erforderlich, alle bisher eingesetzten staatlichen Instrumente der Wohnungspolitik, insbesondere die direkte Wohnungsbauförderung, das Wohngeld, die steuerlichen Instrumente und das Mietrecht sowie sonstige rechtlichen Rahmenbedingungen für das Wohnen auf ihre Zeitgemäßheit, ökonomische Effizienz, soziale Treffsicherheit, Flexibilität und Gerechtigkeit hin zu überprüfen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, eine unabhängige Kommission von Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft zu berufen, welche die Gesamtheit der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen und Instrumente analysieren und Vorschläge für eine den veränderten Problem- und Aufgabenstellungen entsprechende Konzeption machen soll. Dazu gehören auch die Prüfung des arbeitsteiligen Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Gemeinden und abgestimmte Vorschläge für alle Ebenen staatlichen Handelns.

Die Kommission sollte ihren Abschlußbericht und ihre Empfehlungen baldmöglichst vorlegen.

Bonn, den 21. Februar 1992

Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Georg Brunnhuber
Werner Dörflinger
Herbert Frankenhauser
Peter Götz
Dr. Friedrich-Adolf Jahn (Münster)
Dr. Klaus Mildner
Dr. Franz Möller
Thomas Molnar
Norbert Otto (Erfurt)
Hans-Wilhelm Pesch
Hans Raidel
Rolf Rau
Gabriele Wiechatzek
Ulrich Adam
Meinrad Belle
Hans-Dirk Bierling
Renate Blank
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Paul Breuer
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Joachim Clemens
Wolfgang Dehnel
Maria Eichhorn
Wolfgang Engelmann
Horst Eylmann
Ilse Falk
Dirk Fischer (Hamburg)
Winfried Fockenberg
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Elisabeth Grochtmann
Claus-Peter Grotz
Dr. Renate Hellwig
Joachim Hörster
Josef Hollerith
Siegfried Hornung
Bernhard Jagoda
Dr. Dionys Jobst
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Egon Jüttner
Steffen Kampeter
Volker Kauder
Günter Klein (Bremen)
Eva-Maria Kors
Wolfgang Krause (Dessau)
Franz Heinrich Krey

Christian Lenzer
Editha Limbach
Eduard Lintner
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Theo Magin
Dr. Dietrich Mahlo
Claire Marienfeld
Erwin Marschewski
Wolfgang Meckelburg
Dr. Hedda Meseke
Alfons Müller (Wesseling)
Engelbert Nelle
Johannes Nitsch
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Dr. Peter Paziorek
Dr. Hermann Pohler
Rosemarie Priebus
Kurt J. Rossmanith
Heinz Rother
Roland Sauer (Stuttgart)
Ortrun Schätzle
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Harald Schreiber
Heinrich Seesing
Wilfried Seibel
Dr. Hans-Joachim Sopart
Erika Steinbach-Hermann
Karl Stockhausen
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Dr. Bertram Wieczorek (Auerbach)
Bernd Wilz
Dr. Roswitha Wisniewski
Simon Wittmann (Tännesberg)
Wolfgang Zeitlmann
Wolfgang Zöllner
Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Walter Hitschler
Lisa Peters
Uwe Lühr
Hans Schuster
Horst Friedrich
Jürgen Türk
Dirk Hansen
Dr. Olaf Feldmann
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion